

KUNSTCHRONIK

MONATSSCHRIFT FÜR KUNSTWISSENSCHAFT
MUSEUMSWESEN UND DENKMALPFLEGE

MITTEILUNGSBLATT DES VERBANDES DEUTSCHER KUNSTHISTORIKER E. V.
HERAUSGEGEBEN VOM ZENTRALINSTITUT FÜR KUNSTGESCHICHTE IN MÜNCHEN
VERLAG HANS CARL, NÜRNBERG

44. Jahrgang

März 1991

Heft 3

Editorial

BERLIN, 4. FEBRUAR 1991

Vorbemerkung der Redaktion: Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz hat am 4. Februar über die Neuordnung der Staatlichen Berliner Museen beschlossen. Die Pressemitteilung darüber findet sich unten auf S. 135—137 abgedruckt. Die bestürzte Reaktion nicht nur in der Fachöffentlichkeit, deren Argumente offenbar ignoriert worden sind, läßt hoffen, daß die Diskussion weitergehen und mit der Zeit zur Wirkung gelangen wird. Die folgenden Überlegungen sollen einen Anstoß dazu geben.

Die wiedervereinigten Staatlichen Museen in Ost und West sind nun die bei weitem mächtigste Museumsinstitution in Deutschland. Der Weg, den sie beschreiten wird, kann nicht nur die Angelegenheit Weniger sein, denn für das Museumswesen wird er über Berlin hinaus und über das Museumswesen hinaus für Berlin als Stadtorganismus eine Richtung weisen. Im sich aufladenden Spannungsfeld von Wirtschaftsmacht und Kultur wächst die Verantwortung der Museen.

Die Pressemitteilung, mit der die Beschlüsse des Stiftungsrates der Stiftung Preußischer Kulturbesitz vom 4. 2. 1991 über die Neuordnung der Staatlichen Museen der Öffentlichkeit bekannt gemacht wurden, kann in ihrer Dürtigkeit nur eine vernebelte Perspektive aufzeigen und muß nach der nur auszugsweisen Publikation einer Denkschrift der Generaldirektoren vom September 1990 sowie dem Ausweichen vor einer öffentlichen Diskussion der Planungen den Anschein eines taktischen Manövers erwecken.

Mit dem Anwachsen der Masse von Sammlungen, Gebäuden und Mitarbeitern mit sehr unterschiedlichen Lebenserfahrungen stellen sich Aufgaben ganz neuer Art und Dimension. Die Chancen, sie zu bewältigen, werden verpaßt, wenn Denkgewohnheiten aus der Mauerzeit beibehalten werden.

Eben diese Gefahr droht, denn während die Kollegen im Osten in vielfältiger Hinsicht benachteiligt und in ihrem Handlungsspielraum beeinträchtigt sind, ist im deutschen Einigungsvertrag die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, die nach dem Gesetz ihrer Grün-

derung von 1957 „bis zur Neuregelung nach der Wiedervereinigung die ihr übertragenen preußischen Kulturgüter für das deutsche Volk zu bewahren, zu pflegen und zu ergänzen“ sowie „unter Beachtung der Tradition den sinnvollen Zusammenhang der Sammlungen zu bewahren“ hat, mit der Neuordnung der Museen beauftragt.

Wer in der Stadtmitte steht, begreift unmittelbar, was „Tradition“ und „sinnvoller Zusammenhang der Sammlungen“ 1991 bedeutet. Wem der Bezirk Tiergarten noch die Mitte ist, von der aus er neues Terrain erobert, begreift es nicht.

Die überkommene Struktur der Staatlichen Museen mit ihrer Zielsetzung, alle Hochkulturen der Erde zu dokumentieren, hat schon seit der Zeit imperialistischer Museums politik die Tendenz gehabt, sich als ein freischwebendes und mobiles Gebilde über der Stadt und losgelöst von ihrer eigenen — großartigen — Geschichte zu verstehen. Die Nachkriegsgeschichte im Westteil der Stadt hat dieser Negierung von Standort und Tradition weiteren Vorschub geleistet, denn, dem Bonner Innenministerium unterstellt, war die Stiftung eine Verwaltung von Strandgut des Krieges mit bemerkenswert geringem Sinn für Architektur. Ihre unglücklichen Museumsneubauten belegen das ebenso wie der Abriß des Völkerkundemuseums, die Preisgabe des einst als Kunstgewerbemuseum erbauten Martin-Gropius-Baues und der Umgang mit Stülers Architektur im Ägyptischen Museum. Der einzige Neubau von hoher Qualität, Mies van der Rohes Neue Nationalgalerie, ist als Museum ungeeignet.

Wolf-Dieter Dube ist 1983 als im Bauwesen bewährter Kunsthistoriker zum Generaldirektor der Staatlichen Museen in West-Berlin berufen worden, weil man ihn für geeignet hielt, die Neubauten am Kemperplatz zum Abschluß zu bringen. Nach der vernichtenden Kritik des von ihm nicht zu verantwortenden Kunstgewerbemuseums hat er 1985 die mutige Entscheidung getroffen, für Gemäldegalerie und Skulpturenabteilung noch zu retten, was zu retten war, und eine neue Planung durchzusetzen. Nun ist abermals ein Überdenken der Lage in der neuen Verantwortung für die Museumsinsel, die Stadtmitte und die oft zitierte Tradition gefordert. Die unveröffentlichte Denkschrift der Generaldirektoren, die man einmal am Rang der Museumsdenkschriften eines Wilhelm von Humboldt, Karl Friedrich Schinkel, Carl Friedrich von Rumohr, Richard Schöne und Wilhelm von Bode messen wird, „nimmt Abschied von einer geschlossenen Darstellung der Kunst vom klassischen Altertum bis zur Kunst des Abendlandes auf der Museumsinsel als Hauptschauplatz der Staatlichen Museen“ — so der Pressedienst der Stiftung am 24. Oktober 1990 —, leichthin nimmt sie ihn. Es wäre ein Abschied von den Ursprüngen, von der Idee der hochbedeutenden Museumsbauten von Schinkel bis Messel, vom 19. Jahrhundert, in dem die Staatlichen Museen vorbildlich waren, und von dem, worin sie immer noch einzigartig sind.

Das geschmähte Bode-Museum, im Herbst 1990 noch als Standort für das Kunstgewerbe oder ein nicht näher bezeichnetes Museum des 19. Jahrhunderts in Aussicht genommen, wird in der Pressemitteilung überhaupt nicht mehr erwähnt, ein Hoffnungs schimmer oder eine Finte?

Absolute Priorität müßten in einer Zeit größter Knappheit der Mittel die Baumaßnahmen auf der Museumsinsel unter Beachtung der Denkmalpflege haben. Das Kapital, das hier investiert wird, Zuwendung an Geld und Interesse in der Gestalt der Kunstwerke, die der Insel nur durch die kriegsbedingten Verlagerungen entzogen worden sind, wür-

den vielfältige Zinsen, nicht zuletzt im Geist der Museen tragen. Unter Mißachtung gewachsener Strukturen expandierende und über die Stadt sich verteilende Museen als Demonstration vergrößerter Macht können schwerlich neue Sympathien gewinnen und ihre Bildungsarbeit vertiefen. Eben das ist jetzt gefordert.

Helmut Börsch-Supan

Sammlungen

BESCHLÜSSE DES STIFTUNGSRATS DER STIFTUNG PREUSSISCHER KULTURBESITZ FÜR DIE ZUSAMMENFÜHRUNG DER EHEMALS STAATLICH PREUSSISCHEN SAMMLUNGEN

GRÜNES LICHT FÜR DEN NEUBAU DER GEMÄLDEGALERIE AM KULTUR- FORUM, FÜR DIE WIEDERHERSTELLUNG DES NEUEN MUSEUMS AUF DER MUSEUMSINSEL UND DIE SANIERUNG DER DEUTSCHEN STAATSBIBLIOTHEK UNTER DEN LINDEN.

Im deutschen Einigungsvertrag hat die Stiftung Preußischer Kulturbesitz den Auftrag erhalten, die „vorläufige Trägerschaft“ für die im Ostteil Berlins bzw. in Merseburg befindlichen Teile der ehemals staatlich preußischen Sammlungen zu übernehmen. Mit dem 3. Oktober 1990 sind die „Staatlichen Museen zu Berlin“, die „Deutsche Staatsbibliothek“ und die Dienststelle Merseburg des „Zentralen Staatsarchivs“ der DDR in die Stiftung Preußischer Kulturbesitz übergegangen. Der Einigungsvertrag schreibt ausdrücklich vor, die durch die Nachkriegsereignisse in Ost und West getrennten Sammlungen wieder zusammenzuführen. Nach einer mehr als 40jährigen getrennten Entwicklung bedeutet dies eine grundlegende Neuordnung der Sammlungen, die aus ihrer Tradition und ihrem gegenwärtigen Stand entwickelt werden muß. Im Laufe des vergangenen Jahres sind hierzu von den „Schwesterinstituten“ gemeinsam Konzepte entwickelt worden, über die der Stiftungsrat entscheiden mußte.

Staatliche Museen

Grundlegende Voraussetzungen für die Zusammenführung der beiden Komplexe der Staatlichen Museen ist eine sorgfältige und überzeugende Planung der Standorte innerhalb Berlins für die endgültige Unterbringung der als Endbestand angestrebten 17 Museen. Ein erster Entwurf einer solchen Planung wurde im Sommer 1990 von den Generaldirektoren der beiden Museumskomplexe in Form einer „Denkschrift zu den künftigen Standorten und zur Struktur der Staatlichen Museen“ vorgelegt. Die in dieser Denkschrift behandelten Fragen sind ausführlich mit den Direktoren der einzelnen Museen in Ost und West beraten worden, wobei nicht in allen Punkten Konsens gefunden werden konnte. Zu den Vorschlägen der Denkschrift hat sich die durch angesehene Fachleute aus der internationalen Museumswelt erweiterte Museumskommission des Beirats der Stiftung am 23. Oktober geäußert. Eine Zusammenfassung der Museen an drei Standorten — Museumsinsel mit Schwerpunkt bei den archäologischen Sammlun-